

## Inhaltsübersicht

Vorwort .....	5
Autorenverzeichnis .....	23
Abkürzungsverzeichnis .....	25
§ 1 Kammerrecht als Rechtsgebiet ( <i>Kluth</i> ) .....	35
§ 2 Geschichte und Idee der funktionalen Selbstverwaltung ( <i>Handler</i> ) .....	49
§ 3 Entwicklungsgeschichte der deutschen Kammern ( <i>Kluth</i> ) .....	66
§ 4 Das Kammerwesen in anderen Staaten ( <i>Heyne</i> ) .....	92
§ 5 Verfassungsrechtliche und europarechtliche Grundlagen des Kammerrechts ( <i>Kluth</i> ) .....	106
§ 6 Aktuelle Rechtsgrundlagen der Kammern im Überblick ( <i>Kluth</i> ) .....	173
§ 7 Kammerverfassungsrecht – Organisation und Verfahren ( <i>Groß</i> ) .....	223
§ 8 Interessenvertretung und Beratung ( <i>Eisenmenger</i> ) .....	246
§ 9 Berufsrecht ( <i>Ruffert</i> ) .....	275
§ 10 Berufsaufsicht und Berufsgerichtsbarkeit ( <i>Ruffert</i> ) .....	298
§ 11 Einrichtungen, wirtschaftliche Betätigung und Beteiligungen der Kammern ( <i>Kluth</i> ) .....	304
§ 12 Kammern als Auftraggeber im Vergaberecht ( <i>Heyne</i> ) .....	334
§ 13 Kammerfinanzierung ( <i>Rieger</i> ) .....	350
§ 14 Rechtsschutz ( <i>Schöbener</i> ) .....	443
§ 15 Staatliche Aufsicht ( <i>Heusch</i> ) .....	509
§ 16 Berufsständische Versorgungswerke ( <i>Butzer</i> ) .....	558
Stichwortverzeichnis .....	607

# Inhalt

Vorwort .....	5
Autorenverzeichnis .....	23
Abkürzungsverzeichnis .....	25
<b>§ 1 Kammerrecht als Rechtsgebiet .....</b>	<b>35</b>
I. Die historische Entwicklung des Kammerrechts .....	36
1. Die ersten Kammergründungen und die frühe Entwicklung des Kammerrechts .....	36
2. Entwicklung unter dem Grundgesetz .....	38
3. Merkmale eines Rechtsgebiets .....	39
II. Die Verortung des Kammerrechts im System des öffentlichen Rechts .....	39
1. Kammern und Kammerrecht im System des Verfassungsrechts .....	39
2. Kammerrecht als Teil des Verwaltungsorganisationsrechts .....	40
3. Kammerrecht als Teil des öffentlichen Wirtschaftsrechts .....	41
4. Unionsrechtliche Bezüge des Kammerrechts .....	41
5. Zusammenfassende Charakterisierung .....	41
III. Methodische Besonderheiten des Kammerrechts .....	41
1. Das Problem der geringen Regelungsdichte .....	41
2. Möglichkeiten der Lückenschließung .....	42
3. Entwicklung von allgemeinen Grundsätzen des Kammerrechts .....	43
IV. Kammern als Gegenstand anderer Wissenschaftsdisziplinen .....	43
1. Kammern als Gegenstand der Institutionenökonomie .....	43
2. Kammern als Gegenstand der Politikwissenschaft .....	44
3. Kammern als Gegenstand der Soziologie .....	44
4. Kammern als Gegenstand der Geschichtswissenschaft .....	45
V. Forschungsperspektiven des Kammerrechts .....	46
1. Einordnung der Kammern in den Staats- und Verwaltungsaufbau .....	46
2. Kammern im Recht der Europäischen Union .....	46
3. Objektivität des Kammerhandelns im Bereich der Interessenvertretung .....	46
4. Bedeutung der Rechtsvergleichung .....	47
5. Anforderungen an gute Kammergesetzgebung? .....	48
<b>§ 2 Geschichte und Idee der funktionalen Selbstverwaltung .....</b>	<b>49</b>
I. Einleitung .....	50
II. Institutionengeschichtliche Anfänge der Selbstverwaltung .....	51
1. Der kommunale Ursprung .....	51
2. Die Bereiche der funktionalen Selbstverwaltung .....	52
a) Universitäten .....	52
b) Wirtschaftliche und berufsständische Kammern .....	53
c) Öffentlichrechtliche Verbände und Genossenschaften .....	54
d) Sozialversicherungsträger .....	55
III. Zur Ideengeschichte der Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert .....	55
1. Die Selbstverwaltungslehre Lorenz von Steins .....	55
2. Die Selbstverwaltungslehre Rudolf von Gneists .....	56
3. Die Selbstverwaltungslehre Otto von Gierkes .....	57

## Inhalt

---

4. Die korporative Selbstverwaltungslehre .....	57
IV. Die Weimarer Epoche .....	58
V. Die Zeit des Nationalsozialismus .....	62
VI. Der Staat der Gegenwart .....	62
 § 3 Entwicklungsgeschichte der deutschen Kammern .....	66
I. Allgemeine Entwicklungslinien des deutschen Kammerwesens .....	66
II. Die Ärztekammern und die weiteren Heilberufskammern .....	67
III. Die Rechtsanwaltskammern .....	68
IV. Die Notarkammern .....	70
V. Die Wirtschaftsprüferkammer .....	70
VI. Die Steuerberaterkammern .....	77
VII. Die Ingenieurkammern .....	79
VIII. Die Architektenkammern .....	80
IX. Die Industrie- und Handelskammern .....	81
X. Die Handwerkskammern .....	84
XI. Die Landwirtschaftskammern .....	87
XII. Die Lotsenbrüderschaften .....	88
 § 4 Das Kammerwesen in anderen Staaten .....	92
I. Rechtsvergleichende Betrachtung des Kammerwesens .....	92
II. Kammentypen in Europa .....	94
1. Industrie- und Handelskammern .....	94
2. Handwerkskammern .....	96
3. Landwirtschaftskammern .....	97
4. Kammern der rechts- und wirtschaftsberatenden Freien Berufe .....	98
5. Heilberufskammern .....	100
6. Ingenieur- und Architektenkammern .....	100
7. Sonstige Berufe mit Kammerorganisationen .....	101
III. Übersicht zu Berufs- und Wirtschaftsorganisationen in weiteren europäischen Staaten .....	102
IV. Kammerorganisation in ausgewählten nichteuropäischen Staaten .....	103
V. Zusammenfassende Bewertung .....	105
 § 5 Verfassungsrechtliche und europarechtliche Grundlagen des Kammerrechts .....	106
I. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Kammerrechts .....	108
1. Kategoriale Verortungen der Kammern im Verfassungsrecht .....	108
a) Überblick .....	108
b) Die staatliche Perspektive: Kammern als Selbstverwaltungsträger .....	108
c) Die Wirtschaftsbürgerperspektive: Kammern als Pflichtverbände .....	110
d) Die Unternehmens- und Verbandsperspektive: Kammern als Konkurrenten .....	110
e) Zwischenbilanz .....	111
2. Explizite verfassungsrechtliche Regelungen des Kammerwesens .....	111
a) Allgemeines .....	111
b) Spezialregelungen zu einzelnen Kammern .....	111

---

c) Allgemeine Errichtungsnormen .....	112
d) Landesverfassungsrechtliche Selbstverwaltungsgarantien .....	112
3. Allgemeine verfassungsrechtliche Maßgaben für die Errichtung von Kammern .....	120
a) Die Kompetenz zur Errichtung von Kammern .....	120
b) Die Grundrechtserheblichkeit der Errichtung von Kammern .....	122
c) Die Errichtung von Kammern zur Einräumung von Partizipationsrechten .....	123
4. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Binnenverfassung von Kammern .....	124
a) Demokratische Legitimation der Kammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts .....	124
b) Legitimationsvermittlung im Binnenbereich .....	127
c) Demokratische Legitimation der privatrechtlich organisierten Spitzenverbände der regionalen Kammern .....	128
5. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Aufgabenzuweisung an Kammern .....	130
a) Allgemeine Anforderungen an die Kammeraufgaben .....	130
b) Absolute Delegationsverbote .....	131
c) Relative Delegationsverbote .....	131
d) Anforderungen an die Bestimmtheit der Rechtsetzungsermächtigung im Bereich der funktionalen Selbstverwaltung .....	135
e) Weitere Einzelfragen .....	143
f) Aufgabenfindungsrechte der Kammern .....	146
g) Modalitäten der Zuweisung neuer, insbesondere staatlicher Aufgaben .....	147
h) Finanzverfassungsrechtliche Maßgaben der Aufgabenzuweisung .....	148
6. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Aufgabenwahrnehmung .....	148
a) Verfassungs- und Gesetzesbindung des Kammerhandelns .....	148
b) Überprüfungsplikti der handelnden Organe .....	152
7. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Kontrolle der Kammertätigkeit .....	153
a) Staatsaufsicht über Kammern .....	153
b) Rechtsschutz der Mitglieder .....	154
c) Rechtsschutz konkurrierender Unternehmen und Verbände .....	154
II. Der europarechtliche Rahmen des Kammerrechts .....	154
1. Überblick .....	154
a) Gemeinschaftsrechtliche Anforderungen an die Kammerorganisation und die Kammermitgliedschaft .....	155
b) Gemeinschaftsrechtliche Anforderungen an die rechtsetzende Tätigkeit der Kammern .....	155
c) Kammern als Akteure im Gemeinschaftsrechtsraum .....	155
2. Europarechtliche Anforderungen an die Gründung von Kammern und die Kammermitgliedschaft .....	156
3. Die Bindung der Kammern an das Unionsrecht .....	157
a) Der Unionsrechtsraum .....	157
b) Die Bindung an das primäre und das sekundäre Gemeinschaftsrecht .....	158
c) Die Pflicht zur Überprüfung der Gemeinschaftsrechtskonformität nationalen Rechts .....	160

4. Vorgaben der Grundfreiheiten und des EU-Wettbewerbsrechts für die Kammerrechtsetzung .....	162
5. Zuweisung von Aufgaben im Binnenmarkt und in der EU-Rechtsetzung an die Kammern .....	165
a) Die Integration der Unionsbürger in und durch die Kammerorganisation .....	165
b) Distanzabbau im Verhältnis Bürger-Staat – Ausgleich des auf Gemeinschaftsebene bestehenden Demokratie- und Akzeptanzdefizits .....	166
c) Die Bedeutung insbesondere der Berufskammern für die soziale Integration des Berufsstandes .....	167
d) Der Beitrag der berufsständischen Kammern zur Gewährleistung eines hohen Verbraucherschutzniveaus im Gemeinschaftsrechtsraum .....	168
e) Entwicklungsperspektiven der Kammern als European Agencies ..	170
 <b>§ 6 Aktuelle Rechtsgrundlagen der Kammern im Überblick .....</b>	 173
I. Die Struktur des deutschen Kammerwesens .....	173
II. Die Ärztekammern und die weiteren Heilberufskammern .....	174
1. Aktuelle Rechtsgrundlagen .....	174
2. Organisationsstrukturen .....	175
3. Aufgaben und Finanzierung .....	175
III. Die Rechtsanwaltskammern und die Bundesrechtsanwaltskammer .....	178
1. Aktuelle Rechtsgrundlagen .....	179
2. Organisationsstrukturen .....	179
3. Aufgaben und Finanzierung .....	180
4. Die Bundesrechtsanwaltskammer .....	181
IV. Die Patentanwaltskammer .....	182
V. Die Notarkammern und die Bundesnotarkammer .....	183
1. Aktuelle Rechtsgrundlagen .....	183
2. Organisationsstrukturen .....	183
3. Aufgaben und Finanzierung .....	184
VI. Die Wirtschaftsprüferkammer .....	185
1. Aktuelle Rechtsgrundlagen .....	185
2. Organisationsstrukturen .....	185
3. Aufgaben und Finanzierung .....	186
VII. Die Steuerberaterkammern und die Bundessteuerberaterkammer .....	187
1. Aktuelle Rechtsgrundlagen .....	188
2. Organisationsstrukturen .....	188
3. Aufgaben und Finanzierung .....	189
4. Die Bundessteuerberaterkammer .....	190
VIII. Die Ingenieurkammern .....	191
1. Aktuelle Rechtsgrundlagen .....	192
2. Organisationsstrukturen .....	192
3. Aufgaben und Finanzierung .....	194
IX. Die Architektenkammern .....	195
1. Aktuelle Rechtsgrundlagen .....	195
2. Organisationsstrukturen .....	196
3. Aufgaben und Finanzierung .....	197
X. Die Lotsenbrüderschaften .....	197

1. Entwicklung und aktuelle Rechtsgrundlagen .....	197
2. Organisationsstrukturen .....	198
3. Aufgaben und Finanzierung .....	198
4. Die Bundeslotsenkammer .....	199
<b>XI. Die Industrie- und Handelskammern .....</b>	<b>199</b>
1. Aktuelle Rechtsgrundlagen .....	201
2. Organisationsstrukturen .....	202
3. Aufgaben und Finanzierung .....	205
<b>XII. Die Handwerkskammern .....</b>	<b>209</b>
1. Aktuelle Rechtsgrundlagen .....	209
2. Organisationsstrukturen .....	210
3. Aufgaben und Finanzierung .....	212
<b>XIII. Die Landwirtschaftskammern .....</b>	<b>215</b>
1. Aktuelle Rechtsgrundlagen .....	216
2. Organisationsstrukturen .....	216
3. Aufgaben und Finanzierung .....	219
<b>XIV. Die Arbeitnehmerkammern .....</b>	<b>220</b>
1. Entwicklung und aktuelle Rechtsgrundlagen .....	221
2. Organisationsstruktur .....	221
3. Aufgaben und Finanzierung .....	222
<b>§ 7 Kammerverfassungsrecht – Organisation und Verfahren .....</b>	<b>223</b>
<b>A. Organisations- und Wahlrecht .....</b>	<b>224</b>
I. Überblick .....	224
1. Die organisatorische Regelungsbefugnis .....	224
a) Die Regelungsbefugnis des Gesetzgebers .....	224
b) Die Organisationsautonomie .....	225
2. Organisationsmodelle .....	225
a) Der zweistufige Aufbau .....	226
b) Der dreistufige Aufbau .....	226
II. Die Organisationsstruktur .....	226
1. Das Hauptorgan .....	226
a) Zusammensetzung .....	227
b) Kompetenzen .....	227
c) Ausschüsse .....	229
2. Das Leitungsorgan .....	229
a) Zusammensetzung .....	229
b) Bestellung und Abberufung .....	230
c) Kompetenzen .....	231
3. Die Geschäftsführung .....	231
a) Die Organstellung .....	231
b) Zuständigkeit für die Bestellung .....	232
c) Kompetenzen .....	232
4. Organstreitigkeiten .....	233
III. Das Wahlrecht .....	233
1. Die Struktur der Mitgliedschaft .....	233
a) Natürliche und juristische Personen .....	234
b) Gruppenbildung .....	234
2. Das Wahlverfahren .....	235
a) Das Wahlrecht .....	235

b) Das Wahlsystem .....	236
c) Der Ablauf der Wahl .....	237
3. Die Wahlprüfung .....	238
a) Das Einspruchsverfahren .....	238
b) Die gerichtliche Überprüfung .....	238
<b>B. Internes Verfahrensrecht .....</b>	<b>239</b>
I. Rechtsquellen .....	239
1. Kammergesetze .....	239
2. Autonomes Recht .....	239
a) Satzung .....	239
b) Geschäftsförderung .....	240
3. Das allgemeine Verfahrensrecht für Ausschüsse .....	240
a) Die Anwendbarkeit der Verwaltungsverfahrensgesetze .....	240
b) Allgemeine Rechtsgrundsätze .....	240
II. Einzelne Verfahrensregeln .....	240
1. Vorsitz .....	241
2. Entscheidungsfindung .....	241
a) Das schriftliche Verfahren .....	241
b) Der Ablauf der Sitzung .....	241
c) Befangenheit .....	243
d) Öffentlichkeit .....	243
e) Niederschrift .....	244
3. Das suspensive Vetorecht .....	244
III. Die gerichtliche Geltendmachung von Verfahrensrechten .....	244
<b>§ 8 Interessenvertretung und Beratung .....</b>	<b>246</b>
I. Interessenvertretung und Beratung im Kanon der Kammeraufgaben .....	247
II. Interessenvertretung durch Kammern? .....	248
III. Rechtstatsächliche und rechtliche Bestandsaufnahme der Interessenvertretung und Beratung .....	249
1. Interessenvertretungs- und Beratungspraxis .....	249
a) Kammervielfalt .....	249
b) Inhalte und Instrumente .....	249
c) Adressaten auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene .....	251
2. Kammergesetzliche Grundlagen .....	252
a) Gewerbe- und Landwirtschaftskammern .....	252
b) Freiberufliche Kammern .....	253
c) Interessenvertretung und Beratung als kammerübergreifender Auftrag .....	255
IV. Verwaltungsrechtliche Einordnung der Interessenvertretung und Beratung .....	256
1. Verwaltungsrechtliches Verständnis der Begriffe .....	256
a) Interessenvertretung gegenüber Staat und Öffentlichkeit .....	256
b) Staatsberatung .....	256
c) Mitgliederberatung .....	257
2. Rechtsnatur der Instrumente .....	259
a) Einsatz des gesamten Verwaltungsinstrumentariums .....	259
b) Interessenvertretungsinstrumente .....	260
c) Instrumente zur Staatsberatung .....	260

d) Instrumente zur Mitgliederberatung .....	260
V. Grenzen und Kontrolle der Interessenvertretung und Beratung .....	261
1. Kammerverfassungs- und kammerverwaltungsrechtliche Grenzen ....	261
a) Grenzen der Interessenvertretung .....	261
b) Grenzen der Staatsberatung .....	268
c) Grenzen der Mitgliederberatung .....	268
d) Fazit: Keine grenzenlose Interessenvertretung und Beratung.....	271
2. Kontrolle .....	271
a) Kontrollmöglichkeiten der Verwaltung .....	271
b) Kontrollmöglichkeiten der Kammermitglieder .....	271
c) Kontrollmöglichkeiten für Außenstehende .....	272
VI. Die Informationsaufgaben der Kammern als einheitliche Stellen .....	272
1. Aufgabenspektrum der einheitlichen Stelle im Überblick .....	273
2. Die Informationsaufgabe (§ 71 c Abs. 1 VwVfG) .....	273
3. Informationstätigkeit als einheitliche Stelle und Mitgliederberatung im Vergleich .....	274
<b>§ 9 Berufsrecht .....</b>	<b>275</b>
I. Begriff und verfassungsrechtliche Bedeutung des Berufsrechts .....	276
II. Berufsgesetze und Berufsordnungen .....	279
1. Vorbehalt des Gesetzes im Berufsrecht .....	279
2. Kammerge setze .....	280
3. Berufsordnungen .....	281
III. Kammeraufgaben bei der Berufszulassung .....	281
IV. Berufsausübungsregelungen des Berufsrechts und ihre Konformität mit deutschem und europäischem Verfassungsrecht .....	282
1. Berufsbezeichnung .....	282
2. Berufsgrundsätze .....	283
a) Inhalt und Funktion .....	283
b) Einzelne Grundsätze .....	283
3. Beziehungen zwischen Berufsausübenden und Kammer .....	285
4. Beziehungen unter den Berufsausübenden .....	285
a) Grundpflicht zur Kollegialität .....	285
b) Zusammenschlüsse und Beteiligungen .....	286
5. Außenbeziehungen .....	288
a) Verhältnis zu Nutzern der beruflichen Leistung .....	288
b) Werbung .....	290
c) Verhältnis zu Arbeitnehmern .....	295
d) Nebentätigkeiten und Inkompatibilitäten .....	296
V. Ausblick .....	297
<b>§ 10 Berufsaufsicht und Berufsgerichtsbarkeit .....</b>	<b>298</b>
I. Berufsaufsicht .....	298
1. Berufsaufsicht als Kammeraufgabe .....	298
2. Die Rüge berufswidrigen Verhaltens .....	299
a) Grundsatz .....	299
b) Verfahrensrechte und Ausnahmen .....	299
c) Verhältnis zum berufsgerichtlichen Verfahren und Rechtsbehelf ..	299
d) Inhalt der Rüge .....	300
II. Berufsgerichtsbarkeit .....	300

## Inhalt

---

1. Funktion und Rechtsnatur der Berufsgerichte .....	300
2. Berufsgerichtliches Verfahren .....	301
3. Berufsrechtliche Sanktionen .....	301
4. Rechtsmittel und Einordnung in die staatliche Gerichtsbarkeit .....	302
III. Streitschlichtung außerhalb der Berufsaufsicht und Berufsgerichtsbarkeit .....	302
 <b>§ 11 Einrichtungen, wirtschaftliche Betätigung und Beteiligungen der     Kammern .....</b>	 304
I. Begriffliche und systematische Grundlagen .....	305
1. Erscheinungsformen der wirtschaftlichen Betätigungen, Einrichtungen und Beteiligungen von Kammern .....	305
2. Der rechtliche Rahmen im Überblick .....	307
II. Die gesetzlichen Vorgaben für die einzelnen Kammertypen .....	309
1. Industrie- und Handelskammern .....	309
2. Handwerkskammern .....	312
3. Weitere Kammern der wirtschaftlichen Selbstverwaltung .....	313
4. Heilberufskammern .....	314
a) Allgemeine Aufgabennormen .....	314
b) Besondere Vorschriften zur kooperativen Aufgabenwahrnehmung .....	314
c) Formen der kooperativen Aufgabenwahrnehmung .....	315
5. Kammern der rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe .....	324
6. Architekten- und Ingenieurkammern .....	325
III. Kammertypen übergreifende Rechtsgrundsätze .....	326
1. Verbandskompetenz .....	326
2. Organkompetenz und Verfahren der Errichtung von Einrichtungen und Unternehmen bzw. der Übernahme von Beteiligungen .....	331
3. Organisatorische und verfahrensrechtliche Anforderungen an die Steuerung und Kontrolle .....	331
4. Vorgaben des allgemeinen Wettbewerbsrechts .....	332
 <b>§ 12 Kammern als Auftraggeber im Vergaberecht .....</b>	 334
I. Bedeutung des Vergaberechts .....	334
II. Eigenschaft als öffentlicher Auftraggeber .....	335
1. Kammern .....	335
a) Juristische Personen, Aufgaben nichtgewerblicher Art im Allgemeininteresse .....	335
b) Besondere Staatsnähe .....	336
2. Tochterunternehmen und Versorgungseinrichtungen .....	338
a) Auftragsvergabe an Kammerunternehmen .....	338
b) Auftragsvergabe durch Kammerunternehmen .....	339
c) Auftragsvergabe durch Fürsorge- und Versorgungseinrichtungen .....	343
3. Dachverbände der Kammern .....	344
a) Öffentlich-rechtliche Vereinigungen .....	344
b) Privatrechtliche Vereinigungen .....	345
c) Weitere Organisationen .....	347
III. Vergabe unterhalb der Schwellenwerte .....	347
IV. Konsequenzen unterbleibender Ausschreibung .....	349

---

§ 13 Kammerfinanzierung .....	350
I. Rechtsquellen und Einnahmearten .....	351
1. Normative Analyse .....	351
2. Finanzierungsquellen und deren Bedeutung .....	352
II. Beitrag .....	353
1. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit .....	353
a) Einordnung in das System öffentlicher Lasten .....	353
b) Anforderungen an den Kammerbeitrag als Vorzugslast .....	360
2. Völker- und europarechtliche Zulässigkeit .....	371
3. Arten von Beiträgen .....	372
4. Gesetzesvorbehalt und Satzungszwang .....	374
a) Gesetzesvorbehalt .....	374
b) Satzungszwang .....	375
5. Grenzen des Satzungsermessens .....	378
a) Erhebungspflicht .....	378
b) Formelle Vorgaben .....	379
c) Materielle Vorgaben .....	382
6. Sachliche und persönliche Beitragspflicht .....	391
a) Sachliche Beitragspflicht .....	391
b) Persönliche Beitragspflicht .....	392
c) Doppelmitgliedschaft .....	404
7. Beitragsbemessung im Einzelnen .....	404
a) Regelbeitragsfestsetzung .....	405
b) Ermäßigter Beitrag .....	418
8. Erhebung der Beiträge .....	420
a) Beitragsbescheid .....	420
b) Einziehung und Beitreibung .....	423
c) Erlass .....	425
d) Niederschlagung .....	426
e) Stundung .....	426
f) Verjährung .....	426
g) Datenschutz .....	427
9. Rechtsschutz .....	428
III. Gebühren .....	430
1. Gebührenbegriff .....	430
2. Gebührenerhebungsgesetz .....	432
a) IHK .....	432
b) Handwerkskammer .....	433
c) Steuerberaterkammer .....	434
d) Rechtsanwaltskammer .....	434
e) Heilberufskammern .....	434
f) Landwirtschaftskammer .....	434
3. Gebührenerhebungspflicht .....	434
4. Bemessung der Gebühren .....	435
5. Verjährung .....	435
IV. Staatliche Mitteluweisungen und sonstige Einnahmen .....	435
V. Haushaltswirtschaft und Rechnungshofkontrolle .....	437
VI. Zwangsvollstreckung gegen und Insolvenz von Kammern .....	441

<b>§ 14 Rechtsschutz .....</b>	<b>443</b>
I. Einleitung: Typologie kammerrechtlicher Streitigkeiten .....	446
II. Verfassungsrechtliche Maßgaben, insbesondere Gewährleistung subjektiver Rechte für kammerrechtliche Streitigkeiten .....	447
1. Rechtsschutzgarantie, Art. 19 Abs. 4 GG .....	447
a) Grundrechtsberechtigte .....	448
b) Subjektive Rechte – Schutznormtheorie .....	448
c) Ausübung öffentlicher Gewalt .....	449
2. Grundrechtsberechtigung und -verpflichtung der Kammern .....	450
a) Institutionell-organisatorische Einordnung und Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben .....	450
b) Wirtschaftliche Betätigung der Kammern .....	451
3. Keine verfassungsrechtliche Garantie des Kammerwesens .....	452
4. Pflichtmitgliedschaft in den Kammern .....	452
III. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz (Klageverfahren) in kammerrechtlichen Streitigkeiten .....	455
1. Rechtswegzuweisungen .....	455
a) Sonderzuweisung an die Berufsgerichte .....	455
b) Rechtsstreitigkeiten aus dem Mitgliedschaftsverhältnis .....	456
c) Streitigkeiten mit Versorgungseinrichtungen der Kammer .....	456
d) Verwaltungsentscheidungen und Äußerungen der Kammer .....	457
e) „Kammerorganstreit“ .....	457
f) Wirtschaftliche Betätigung der Kammer .....	457
2. Klagearten und besondere Sachurteilsvoraussetzungen in typischen Kammerstreitigkeiten .....	459
a) Anfechtungs- und Verpflichtungsklage, § 42 Abs. 1 VwGO .....	459
b) Allgemeine Leistungsklage .....	469
c) Allgemeine Feststellungsklage, § 43 VwGO .....	471
3. Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen .....	473
a) Verfahrensbeteiligte (§ 63 VwGO) und Beteiligtenfähigkeit (§ 61 VwGO) .....	473
b) Prozessfähigkeit, § 62 VwGO .....	473
c) Rechtsschutzbedürfnis .....	473
4. Begründetheit verwaltungsgerichtlicher Klagen unter besonderer Berücksichtigung subjektiver Rechtspositionen .....	474
a) Erfordernis einer hinreichend bestimmten gesetzlichen Grundlage .....	474
b) Mitgliedschaftlicher Unterlassungsanspruch bei Aufgabenüberschreitung .....	475
c) „Wahlanfechtung“ .....	480
d) Organschaftliche Mitwirkungsrechte .....	481
e) Wirtschaftliche Betätigung der Kammer (Fiskusabwehranspruch) .....	482
f) Äußerungen der Kammer(-organe) .....	488
IV. Rechtsschutz im Normenkontrollverfahren (§ 47 VwGO) zur Überprüfung von Kammersatzungsrecht .....	489
1. Anwendbarkeit .....	489
2. Zulässigkeit .....	489
a) Antragsgegenstand .....	489
b) Antragsteller und Antragsbefugnis .....	490
c) Antragsgegner .....	492

3. Begründetheit .....	492
a) Prüfungsmaßstab.....	493
b) Grundlage und Grenzen der Satzungsautonomie .....	493
c) Insbesondere: Beitragssatzungen .....	495
d) Verhältnis zur Inzidentkontrolle .....	495
V. Rechtsschutz durch die ordentliche Gerichtsbarkeit (Zivilrechtsweg) in kammerspezifischen Streitigkeiten .....	495
1. Rechtswegzuweisungen .....	495
a) Zivilgerichtliche Rechtsstreitigkeiten .....	496
b) Sonderzuweisungen zur ordentlichen Gerichtsbarkeit (Staatshaftung) .....	496
2. Lauterkeits- und kartellrechtliche Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche .....	497
a) Unterlassungs- und Schadensersatzanspruch gegen lauterkeitswidrige wirtschaftliche Kammertätigkeit (§§ 3 ff. UWG) .....	497
b) Verbandsklagebefugnis der Kammern im Lauterkeitsrecht (§ 8 Abs. 3 Nr. 2 und 4 UWG) .....	502
c) Kartellrechtlicher Unterlassungs- und Schadensersatzanspruch (§ 33 GWB) .....	505
d) Behinderungs- und Diskriminierungsverbot gem. § 20 Abs. 1 GWB .....	505
3. Amtshaftungsanspruch .....	506
a) Anspruchsvoraussetzungen (Überblick) .....	506
b) Insbesondere: Drittbezogenheit der Amtspflicht (Schutznorm) – normatives Unrecht .....	507
§ 15 Staatliche Aufsicht .....	509
I. Allgemeiner Teil .....	510
1. Der Begriff der Staatsaufsicht .....	510
a) Aufsicht .....	511
b) Staatsaufsicht – Wirtschaftsaufsicht .....	511
c) Aufsicht im staatlichen Bereich .....	512
2. Wesen und Ziele der Staatsaufsicht über die Kammern .....	513
a) Das Wesen der Staatsaufsicht .....	513
b) Ziele der Staatsaufsicht über die Kammern .....	516
3. Das Subjekt der Aufsicht .....	517
4. Das Objekt der Aufsicht .....	517
5. Das Aufsichtsrechtsverhältnis .....	518
6. Der Gegenstand der Staatsaufsicht .....	519
7. Die Rechtsgrundlagen .....	519
8. Der Maßstab der Staatsaufsicht .....	520
a) Rechtsaufsicht .....	520
b) Fachaufsicht .....	522
c) Aufsichtsmaßstab und Aufgabenkreis .....	523
9. Allgemeine Grundsätze des Aufsichtshandelns .....	526
a) Kooperationsprinzip .....	526
b) Opportunitätsprinzip .....	527
c) Erfordernis eines öffentlichen Interesses .....	528
10. Insbesondere: Die Grenzen der Staatsaufsicht .....	530

## Inhalt

---

a) Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes .....	530
b) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	531
c) Willkürverbot .....	532
d) Unmöglichkeit .....	533
e) Weitere allgemeine Grenzen? .....	533
11. Die Aufsichtsmittel .....	534
a) Präventive Aufsichtsmittel .....	534
b) Repressive Aufsichtsmittel .....	537
12. Der Rechtsschutz der Kammern gegen staatsaufsichtliche Maßnahmen .....	541
a) Fachgerichtlicher Rechtsschutz .....	541
b) Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz .....	542
II. Besonderer Teil .....	544
1. Handwerkskammer .....	544
2. Industrie- und Handelskammer .....	546
3. Landwirtschaftskammer .....	548
4. Heilberufskammern .....	550
5. Rechtsanwaltskammer .....	552
6. Patentanwaltskammer .....	553
7. Notarkammer .....	553
8. Wirtschaftsprüferkammer .....	553
9. Steuerberaterkammer .....	554
10. Architektenkammer .....	554
11. Ingenieurkammer .....	556
12. Bundeslotsenkammer .....	557
13. Arbeitnehmerkammer .....	557
 § 16 Berufsständische Versorgungswerke .....	558
I. Einführung .....	559
II. Entwicklungsgeschichte und heutige Bedeutung der berufsständischen Versorgungswerke .....	560
1. Historische Entwicklung .....	560
2. Komplementär- und Gleichrangigkeitsverhältnis zur GRV .....	566
3. Erfolgsfaktoren der berufsständischen Versorgung .....	568
III. Grundfragen der Errichtung und Organisation der berufsständischen Versorgungswerke .....	570
1. Die streitige Frage der Gesetzgebungskompetenz .....	570
2. (Landes-)Gesetzliche Ermächtigung und Satzungshoheit .....	572
3. Organisationsformen und Grundrechtsfähigkeit .....	575
4. Selbstverwaltung und Aufsicht .....	577
5. Finanzierungsverfahren und Kapitalanlage .....	578
6. Steuerbefreiung der Versorgungswerke .....	580
IV. Grundstrukturen und Grundzüge des Versicherten- und Leistungsrechts der berufsständischen Versorgungswerke .....	580
1. Versicherter Personenkreis .....	581
a) Das Befreiungsrecht aufgrund § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI....	581
b) Ausnahmen von der Versicherungspflicht im Versorgungswerk ...	584
2. Beitragsfinanzierung .....	585
a) Beitragshöhe .....	586
b) Steuerliche Behandlung der Beiträge .....	587

c) Insolvenzrechtliche Behandlung der Beiträge .....	588
3. Leistungen .....	588
a) Altersabsicherung .....	589
b) Berufsunfähigkeitsabsicherung .....	591
c) Hinterbliebenenabsicherung .....	593
d) Ergänzende Absicherungen .....	595
e) Verfassungsrechtlicher Schutz von Anwartschaften und Leistungen .....	596
f) Besteuerung der Leistungen .....	598
4. Koordinierungsfragen .....	599
a) Wechsel zwischen verschiedenen Versorgungswerken .....	599
b) Wechsel von bzw. in andere Sicherungssysteme .....	600
5. Rechtsschutzfragen .....	602
V. Rechtspolitischer Ausblick .....	602
 Stichwortverzeichnis .....	607